

## Ottensen: Streit um Bebauung eines Innenhofs flammt wieder auf

OTTENSEN :: Eigentlich schien Ende 2014 längst ein Kompromiss gefunden. Doch die Auseinandersetzung zwischen Politik, Investoren und Anwohnern um die Bebauung eines gut 9400 Quadratmeter großen Innenhofareals am Hohenzollernring in Ottensen flammt jetzt wieder auf. Wie derzeit oft in Hamburg geht es dabei um die Frage, wie viel und wie hoch gebaut werden kann. Wohnungsbau ja, aber bitte nicht so massiv – so in etwa lautet die Forderung der Anwohner. Wir brauchen Verdichtung, um bezahlbaren Wohnungen in der Stadt bauen zu können, argumentieren Investor und Teile der Politik.

Bei einem runden Tisch kochten die Emotionen am Montag wieder hoch. Erste Pläne für den Innenhof sahen den Bau von etwa 70 Wohnungen vor, später wurde die Zahl im wörtlichen Sinne auf 120 aufgestockt. Statt um drei ging es nun um fünf Geschosse.

Anwohner aus den umliegenden Miet- und Eigentumswohnungen protestierten dagegen und gründeten die Initiative „Otte 60“ – benannt nach dem Bebauungsplan Ottensen 60, der für das Bauvorhaben aufgestellt wer-

den soll. 2014 einigten sich Anwohner und die Bezirkspolitik auf einen Vorschlag mit der dreigeschossigen Bebauung. Mit großer Mehrheit stimmte der Planungsausschuss in Altona dafür, nur die SPD enthielt sich.

Doch der Kompromiss hatte einen Schönheitsfehler: Grundeigentümer Christian Gloe und sein Projektpartner, die Otto Wulff Projektentwicklung, waren nicht beteiligt. „Dann ist das eigentlich kein Kompromiss“, sagen jetzt Bezirkspolitiker wie Sven Hielcher (CDU) und Henrik Strate (SPD). Nun einigte sich der Runde Tisch zunächst auf einen „städtebaulichen Wettbewerb“. Zudem soll das Bezirksamt Vergleichszahlen von anderen Innenhof-Neubauten im Stadtteil als Maßstab liefern. Doch die Initiative bleibt skeptisch. „Wir fürchten, dass die Politik doch wieder umkippt“, sagt Initiativen-Sprecher Detlef Brunkhorst. Zumal es ja viele Negativbeispiele für eine zu massive Nachverdichtung gebe. Im September sollen die Beteiligten nun zu einer weiteren Gesprächsrunde zusammenkommen. „Am Ende müssen sich aber beide Seiten irgendwo treffen“, sagt Bezirkspolitiker Strate. (at)